

General-Anzeiger

Elberfeld
Haupt-Geschäftsstelle Kaiserstraße 50.
und Redaktion
Herausgeber für Geschäftsstelle und Redaktion

für Elberfeld-Barmen

(Allgemeine Zeitung für Berg und Mark)

Erscheint täglich einmal, Sonntage und Feiertage ausgenommen.

Bezugspreis: Durch unsere Boten monatlich A 1.50, durch die Post vierteljährlich A 4.50 ohne Postgebühren.

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile 80 A, außerhalb des Verbreitungsbezirks 60 A.

Barmen
Haupt-Geschäftsstelle Neuerweg 57.
und Redaktion
— Genießerstraße 734. —

Anzeigen- und Abonnement-Verkaufsstellen:
Elberfeld: H. Grottel, Hauptstraße 1.
Elberfeld: H. Grottel, Hauptstraße 1.
Elberfeld: H. Grottel, Hauptstraße 1.
Elberfeld: H. Grottel, Hauptstraße 1.
Elberfeld: H. Grottel, Hauptstraße 1.
Elberfeld: H. Grottel, Hauptstraße 1.
Elberfeld: H. Grottel, Hauptstraße 1.
Elberfeld: H. Grottel, Hauptstraße 1.

Die Rede des Reichskanzlers

Die angekündigte Rede des Kanzlers im Hauptsaal des Reichstages wurde diesmal mit ganz besonderer Spannung erwartet. Alle inneren und äußeren Vorgänge schufen eine Ungewissheit, die nach Klärung verlangte. Zwar schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, der Reichskanzler habe sich in gleichem Sinne, aber verschiedenartig wurde behauptet, es sei doch eine Abweichung vorgenommen, und zwar zugunsten der militärischen Seite, die angeblich vorher Zurückhaltung hatte erfordern müssen. Nun, Hindenburg und Ludendorff sind ebenso wie nach der Unterbrechung der Verhandlungen in Brest-Litowsk auch jetzt wieder in Berlin gewesen und ihr Urteil hat, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen militärischer und politischer Auffassung vorhanden gewesen sein sollten, ganz gewiss wiederum den Ausschlag gegeben. (Ausschlag fälligen es ja bereits an.)

Den Niederschlag der neuerlichen Beratungen in Berlin bildet nun Graf Hertlings Rede. Und da muß festgestellt werden, daß tatsächlich, trotz aller Anzettelungen und aller Verleumdungen von links und rechts, ihn in eine andere Richtung zu lenken, der Kurs der alte geblieben ist, derselbe wie bei Beginn des Krieges. „Uns treibt nicht Eroberungslust...“ Es ist eigentlich nichts, aber auch gar nichts in der Rede Hertlings enthalten, was wir nicht entweder von ihm oder von seinen Vorgängern — auf die er sich noch besonders bezieht — schon in ähnlicher Form gehört hätten. Nur im Ton unterscheidet sich die Ausführungen der drei Reichskanzler. Wenn Graf Hertling ein wirkungsloses rednerisches Pathos zu Gebote, Michaelis war der trockene Kurzaufsatz, und Graf Hertling liebt es, in seine Bemerkungen den Ton leiser, überlegener Ironie zu mischen. Aber die Politik der mittleren Jahre bleibt dieselbe. Wird der Ruf zur Sammlung, den Graf Hertling zum Schluß erklingen ließ, diesmal Erfolg haben? Man sollte meinen, was unsere politischen und militärischen Führer beschlossen, was den Befehl des Kaisers geheißen und den des Kronprinzen (der kürzlich noch zum Vertrauen auf die Reichsleitung aufgerufen), das mußte menschlichem Ermessen nach das Beste sein für unser Vaterland. Ob es das wirklich ist, wird sich wahrscheinlich nach vielen Jahren erst erweisen. Wir aber können nichts tun, als Vertrauen zu haben und unsere Pflicht zu erfüllen, jeder an seinem Teile.

Leider gingen die Meinungen in der Diskussion, die der Rede des Kanzlers folgte, schon wieder auseinander. Nur das Zentrum umarmte Trindom dem Grafen Hertling rückhaltlos zu, in der Hauptsache auch die Sozialdemokraten, aber die Sozialdemokraten ließen durch den Mund Scheidemann eine Vorlage ertönen. Graf Hertling sei ein Diplomat, aber kein Staatsmann. Der Führer der Nationalliberalen, Dr. Stresemann, behauptete, daß nicht auf die Reden feindlicher Staatsmänner geantwortet werden, und äußerte schwere Bedenken wegen der Vorfälle. Immerhin klang seine Kritik der Rede des Kanzlers nicht gerade ungünstig. Die konservativen kamen noch nicht zu Wort, doch ist ihre ablehnende Haltung zu erwarten.

WTB. Berlin, 24. Jan. (Draht.) In der heutigen Sitzung des Hauptsaales des Reichstages führte der Reichskanzler, Dr. Graf v. Hertling, folgendes aus:

Meine Herren! Als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor Ihrem Ausschuss zu sprechen — es war am 3. Januar —, fanden wir, so schien es, vor einem in

Brest-Litowsk

eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalls in aller Ruhe abwarten sollten. Die Tatsachen haben dem recht gegeben, die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk eingetroffen, die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und sie sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. Manchmal könnte in der Tat der Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerlei Fankelstücke, die durch die Welt gehen mit höchst seltsamen Inhalt, könnten diese Zweifel bestärken. Trotzdem hatte ich an der Hoffnung fest, daß wir auch mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden. Günstig sehen unsere Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine. Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir

Trochis Rückkehr nach Brest-Litowsk wahrscheinlich.

GA. Petersburg, 24. Jan. (Eig. Draht.) Der Generalfeldmarschall des Arbeiters- und Soldatenrates erhielt nach einem Referat Trochis über die Friedensverhandlungen diesen neuen Vollmacht für die Fortführung der Brest-Litowsker Besprechungen. Daraus hatte Trochis

längere Konferenzen im Arbeiter- und Soldatenrat. Es ist wahrscheinlich, daß Trochis in den nächsten Tagen wieder nach Brest-Litowsk reisen wird, um an den Friedensverhandlungen wieder teilzunehmen, die auf Änderung der Abfließen Trochis schließen lassen.

Norwegen gegen die Aushungerungspolitik Wilsons.

GA. Zürich, 24. Jan. (Eig. Draht.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet, daß die Verhandlungen zwischen Norwegen und Amerika gescheitert seien. Sie werden in den nächsten Tagen in einer

dargelegt werden. Die Politik der Regierung geht darauf aus, die Forderungen Amerikas derseits und die Einstellung jeglicher Ausfuhr nach Deutschland abzulehnen.

hoffen demnächst mit der Ukraine zum Abschluß zu kommen, der in beiderseitigem Interesse gelegen und nach der wirtschaftlichen Seite vorteilhaft sein würde. Ein Ergebnis, meine Herren, war bereits am 4. Jan., abends 10 Uhr, zu verzeichnen. Wie Ihnen allen bekannt ist, hatte die russische Delegation zu Ende Dezember den Vorschlag gemacht, eine Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer zu lassen, sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen, und als Grundlage hatte die russische Delegation gewisse Vorschläge sehr allgemein gehalten. Insofern unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen, unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar, abends 10 Uhr, war diese Frist verstrichen. Eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die Bahn frei haben für die Sonderverhandlungen mit Russland und daß wir auch selbstverständlich zu jenen von der russischen Delegation und vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind.

Lloyd George und Wilson.

Kuhnt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen, zwei Rundgebungen feindlicher Staatsmänner erfolgt: Die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson am Tage danach. Ich erkenne gern an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat. Er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angezeigte Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Beifall.) Immerhin aber kann ich nicht so weit gehen, wie manche Zeitungsstimmen aus dem neutralen Ausland, die aus dieser Rede Lloyd Georges einen ersten Friedensvorschlag, ja sogar eine freundliche Gesinnung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärt, er wolle Deutschland nicht vernichten, habe es nie vernichten wollen. Er gewinnt sogar Worte der Achtung über sich für unsere politische, wirtschaftliche und kulturelle Stellung. Aber dazwischen steht es doch auch nicht an anderen Äußerungen, daswischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung durch, daß er über das schuldige, aller möglichen Verbrechen schuldige Deutschland nicht zu sprechen habe, eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir von einem Willen noch nichts verspüren können. Wir sollen die Schuldigen sein, aber die Entente nun zu Gericht sitz. Das nötigt mich, einen kurzen Rückblick auf die vor dem Kriege vorhandenen Verhältnisse und eingetretenen Vorgänge zu werfen, auf die Gefahr hin, längere Bekanntes noch einmal zu wiederholen.

Die Schuldfrage.

Die Aufklärung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 hatte der alten Herrschaft ein Ende gemacht. Durch den Zusammenschluß seiner Stämme hatte das Deutsche Reich in Europa diejenige Stellung erworben, die seinen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen und den daraus begründeten Ansprüchen entsprach. (Beifall.) Fürst Bismarck führte sein Werk durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn. Es war ein reines Defensiv-Bündnis, von dem hohen Verbindeten vom ersten Tage an so gedacht und so gewollt. Im Laufe der Jahrzehnte ist niemals auch nur der leiseste Gedanke an einen Mißbrauch zu aggressiven Zwecken aufgetaucht. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte das Teutonenbündnis zwischen Deutschland und der engverbundenen, in alter Tradition durch

gemeinsame Interessen mit uns verbundenen Donaumonarchie dienen. Aber schon Kaiser Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorgeworfen wurde, den Abdruck der Koalition, und die Ereignisse der folgenden Zeit haben gezeigt, daß dies kein bloßes schmeicheles Traumbild war. Mehrfach trat die Gefahr feindlicher Koalitionen, die den verbündeten Mittelmächten drohten, in Erscheinung. Durch die Einschließungspolitik König Eduards ward der Traum der Koalitionen Wirklichkeit. Dem englischen Imperialismus stand das aufstrebende und erstarbende Deutsche Reich im Wege. In französischer Revanche suchte in russischer Expansivkraft, den hand dieser britische Imperialismus nur allzu bereitwillig, und so bereiteten sich uns gefährliche Zukunftsbilder vor. Schon immer hatte die geographische Lage Deutschlands die Gefahr eines Krieges auf zwei Fronten und nahegerückt. Jetzt wurde sie immer schärfer, zwischen Russland und Frankreich wurde ein Bündnis abgeschlossen, dessen Teilnehmer das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn am Einwohnern um das Doppelte überstiegen. Frankreich, das republikanische Frankreich, ließ dem zaristischen Imperium Willkür zum Ausbau der strategischen Bahnen im Königreich Polen, die den Aufmarsch gegen uns erleichtern sollten. Die französische Republik sah den letzten Mann zur dreijährigen Dienstzeit heran. Schon schaut Frankreich neben Russland eine bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gehende Rüstung. Beide verfolgten dabei Zwecke, die unsere Gegner jetzt als imperialistische bezeichnen. Es wäre Pflicht, vergessen gewesen, wenn Deutschland diesem Spiel ruhig ausgeliefert hätte, wenn nicht auch wir uns eine Rüstung zu schaffen versucht hätten, die uns gegen die künftigen Feinde zu schützen hätte. Meine Herren, ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich selbst bei neuen Rüstungsausgaben stets darauf hingewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Rüstungen zustimme, lediglich eine Politik des Friedens treiben wolle, daß diese Rüstungen uns nur auf Augenblicke seien zur Abwehr gegen die uns vom Feinde drohende Gefahr. Es scheint nicht, daß diese Worte vor dem Auslande irgendwie beachtet worden wären. Nun

Eliaß-Vorbringen.

Eliaß-Vorbringen, von dem auch jetzt Lloyd George redet. Auch jetzt führt er wieder von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan habe. Eliaß-Vorbringen — ich sage es nicht an Ihnen — Sie bedürfen der Reize nicht, aber im Auslande scheint man die Dinge noch immer nicht zu kennen. Eliaß-Vorbringen vorläufig bekanntlich zum größten Teile ein deutsche Gebiete, die durch jahrhundertelange fortgesetzte Vergewaltigungen und Rechtsbrüche von Deutschen Reiches losgerissen wurden, bis endlich 1870 die französische Revolution den letzten Rest verdrängte; dann wurden sie französisch. Als wir nun im 70er Jahre die uns freudig entzogenen Kantons zurückverlangten, war das nicht Eroberung fremden Gebiets, sondern recht eigentlich, was man heute „Reversion“ nennt, und diese Reversionen hat dann aus von der französischen Nationalversammlung, die von der verfassungsmäßigen Vertretung des französischen Volkes, am 23. März 1871 mit großer Stimmenmehrheit ausdrücklich anerkannt worden. Und auch in England, meine Herren, sprach man damals ganz anders als heute. Ich kann mich auf einen klassischen Namen beziehen. Es ist ein anderer als der berühmte englische Historiker und Schriftsteller Thomas Carlyle, der in einem Briefe an die „Times“, und zwar im Dezember 1870, folgendes schrieb: „Rein Volk hat einen so schlimmen Nachbarn wie ihn Deutschland während der letzten 400 Jahre an Frankreich besaß. Deutschland wäre verurteilt, wenn es nicht daran dachte, einen Grenzwall zwischen sich und einem solchen Nachbarn zu errichten.“ Ich bemerke, daß ich die sehr harten Ausdrücke, die Herr Carlyle in diesem Zusammenhang gegen Frankreich gebraucht, nicht wiederholen habe. „Einen solchen Grenzwall“ hat zu errichten, was es die Gelegenheit dazu hat. Ich

weiß von keinem Naturgesetz und keinem Himmelsgesetz, nach dem Frankreich allein von allen übrigen Völkern nicht vernichtet wäre, einen Teil der geraubten Gebiete zurückzugeben, wenn die Eigentümer, denen sie entzogen, eine günstige Gelegenheit wahrnehmen, sie wiedergutzumachen.“

Und im gleichen Sinne sprachen sich angesehene englische Zeitungen — ich nenne beispielsweise die „Daily News“ — aus. Ich komme zu

Wilson.

Meine Herren! Auch hier erkenne ich an, daß der Ton ein anderer geworden ist. Es scheint, daß die damalige einmütige Zurückweisung des Versuchs Wilsons in der Antwort auf die Brest-Litowsk, zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke zu vermitteln zu helfen, ihre Wirkung getan hat. Diese einmütige Zurückweisung konnte Wilson schon auf den rechten Weg leiten, und der Anfang dazu ist bereits gemacht, denn jetzt ist wenigstens nicht mehr die Rede von der Unterbrechung des deutschen Volkes durch eine autoritäre Regierung, und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht mehrholt. Auf solche Darstellung der deutschen Politik, die sich auch jetzt noch in Wilsons Botschaft findet, will ich hier nicht eingehen, sondern im einzelnen die Punkte besprechen, die Wilson vorlegt.

Es sind nicht weniger als 14 Punkte, in denen er sein Friedensprogramm formuliert, und ich bitte um Ihre Geduld, wenn ich diese 14 Punkte so kurz als möglich hier zum Vortrag bringe. Der erste Punkt verlangt, es sollen keine geblieben internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Meine Herren! Die Geschichte lehrt, daß wir uns am besten mit einer weltweiten Abklärung der Annahmen einverstanden erklären können und erinnern daran, daß unter Defensiv-Bündnis mit Österreich-Ungarn seit dem Jahre 1899 aller Welt bekannt war, während die Offensiv-Bündnisse zwischen den feindlichen Staaten erst im Laufe des Krieges und zuletzt durch die Enthaltungen der russischen Gebiete in das Licht der Öffentlichkeit traten. Auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk in aller Öffentlichkeit betreiben, daß wir durchaus bereit sein können, auf diesen Vorschlag einzugehen und die Abklärung der Verhandlungen als allgemeinen politischen Grundgesetz zu erklären.

Im zweiten Punkte fordert Wilson Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere im Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Forderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. Die von Wilson am Schluß eingefügte Einschränkung — ich brauche sie nicht wiederholen — ist nicht recht verständlich und scheint überflüssig, wurde also am besten weggelassen. Im hohen Grade aber wichtig wäre es für die Freiheit der Schifffahrt in Zukunft, wenn auf die hart bekämpften Flottenstützpunkte an wichtigen internationalen Verkehrshauptwegen, wie England in Gibraltar, Malta, Wien, Hongkong, auf den japanischen Inseln und an manchen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

Drittens Befestigung aller wirtschaftlichen Schranken. Auch wir sind mit der Befestigung wirtschaftlicher Schranken, die den Handel in überflüssiger Weise einschränken, durchaus einverstanden. Auch wir beabsichtigen einen Wirtschaftskrieg der unumschränkten die letzten künftigen kriegerischen Bemühungen in sich tragen würde. Viertens Restraintung der Rüstungen. Ich schon früher von uns erklärt wurde, ist der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung durchaus diskutabel. Die Finanzlage sämtlicher europäischen Staaten nach dem Kriege dürfte eine sehr beschränkte Rüstungen im wirtschaftlichen Bereich sein. (Beifall.) Man sieht also, meine Herren, über die vier ersten Programmpunkte ist keine man ohne Schwierigkeit zu einer Vereinbarung gelangen.

Ich wende mich zum fünften Punkt: Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und Streitigkeiten. Die praktische Durchführung des von Wilson hier aufgestellten Grundgesetzes in der Welt der Wirklichkeit wird einige Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls glaube ich, daß es zunächst dem größten Kolonialreich England überlassen bleiben könnte, sich mit diesem Vorschlag seines Verbündeten auszusprechen. Wir werden dann sehen, was auf Grund solcher Vereinbarungen zwischen England und Amerika etwa bei Friedensverhandlungen auch unterstellt, da auch wir durchaus für eine Neugestaltung des Weltkolonialbesitzes eintreten werden, zu erreichen ist.

Zehntens Räumung des russischen Gebiets. Nachdem die Ententeallianz es abgelehnt haben, innerhalb der von Russland und den verbündeten Mächten vereinbarten Frist sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich im Namen der letzteren alle nachträgliche Einmischung ablehnen. Wir stehen hier vor Fragen, die allein Russland und die vier verbündeten Mächte angehen. Ich halte an der Hoffnung fest, daß es unter Anerkennung der Selbstbestimmung der westlichen Randvölker des ehemaligen russischen Reiches gelingen wird, zu einem guten Abschluß sowohl mit diesem als mit dem übrigen Russland zu gelangen, denn wir auf dringende die Rückkehr geordneter, die Ruhe und Wohlfahrt des Landes gewährleistender Zustände wünschen.

Belgische Frage.

Was die belgische Frage betrifft, so ist von meinen Amtsvorgängern wiederholt erklärt worden, daß zu keiner Zeit während des Krieges

Abg. Wb. Bort
Waterslandspartei
auf die Brecher &
Das Remetisch
dienen. Sie tan
oben wie in O
ruch der R
Das Bolt ist
werden. (Garm
Bierbrauere
nung. (Beifall.)

Abg. Frhr. v
mit den 2
Sattimmung.)
Angelegenheit
föhen oder schrift
fögenmäße Ber
föhrungen Hoffm
(Zustimmung.)
Bisepflicht

Bericht nicht vor
gegeben werden
und die
Tagesordnung er
Abg. Bindler
weisung. Den
Veranlassung von
er verhandelt
sich den Freilich

für die Wa-
Kartoffel
Spargel
eingefüllt
braucht, in
Erlaubt
Gleich.
Samstags
Karte: 150
Kinder 7,2
Stück 2,2
25 Gr. 8
Erwachsen
derkanten
21. bis 27
Zetner
und Blumen
für Erwa-
Abgabe d
und 4 der
Zeitung
Preis für
das Blum
Die A
5 der K.

Kartoffeln
Diejenige
hof ihre
legt haben
Aischmann
Rind aus
Kohorten
Auf gleiche
veranlaßte
Margerit
Grieta
terberaus
Berlin zu
Räbmitt
Ab De
den Kapi
des Abich
bensmittel

vertheilt.
Breslau
Ab De
den Abich
bensmittel
126 Gr.
oder 12
dem
aufgegeben
zum aufg

Im Lo
 zur Vertret
 fanngehe
 Bei die
 bingewo
 die ihnen
 gebracht
 ber beim
 icken könn
 gen, emfi
 der die G
 mals durc
 beim Gro
 baizeier f
 Radzwede
 Rufe.
 Ein W
 noramfich
 lieber die
 fannmach
 heringe.
 Eine G
 gelangt in
 gabe. To

14: Karl Feder: Jämlich in Elberfeld. Eigene
Anmerkung (Seiten 1. Freiherr von
genbelm), Berlin, unter den Linden 50a. — D
und Verlag von P. Girardet & Cie. in Elber

die Straße 27; Maus, Hauptstr. 218; strapp, Haupt
Nr. 113; Rogl, Hauptstr. 73; Gerlach, Hauptstr. 2
Schmitz, Roboterstr. 32

verstehen und sehen, wie die volle Geldmündigkeit
ganz herauszuheben ist, natürlich vorausgesetzt, daß
die Integrität des Reichesgebietes
respektieren. Und der Rede des Bankiers spricht

haben werden wir Sie auch ernstlich drücken, denn unser Ziel ist kein anderes, als die Wiederherstellung eines dauernden allgemeinen

Carl Heber: sämtlich in Oberfeld. Eigene
Verwaltung (Seiter H. Freiherr von
Heber). Berlin, Unter den Linden 59a. — D.

1; Hatzler Hölz: Riebo
; Haus, Hauptstr. 218; Stra
Rogl. Hauptstr. 73; Heresch.

Verlag von Th. Grieben & Co. in Berlin

1997

1. The first step is to identify the problem or question that needs to be answered. This involves understanding the context and the specific requirements of the task.

Fami
Königl.
16. Nov. 1
54 J. Wollf
Nadach, 32 J
Schneider 39
Schm. — 11
Sommerhalla,
Eberhart Karl
weg 62. — Ed
bauer, 39
geb. Sells, 63
Sachsenstr. 14
Schillingbauer
Beerdtwenger
Emma Paderg
Gustav Schm
Feinerstr. 57.
tagstr. 17 —
Sachst, 53 J
Wilhelmine ge
Friedrich Mar
Scholt, 18.—
straße 5. — 100
binderstr. 18
Fiedingbauer
Dörflingerstr.
Semlerstr. geb
Nagerstr. Weg

mittags
erwartet
Sohn, 1
Vetter, 1
den
Vizefeld
Err
Inhaber
im blüh
seine ew
starb an
zugezog
Neviges
ihn bel
vermag

Elberfeld
Sollte
so bitten
Die Be
nachmittag
Nordstraße
Hochstraße



Ewa
Musk
im Alter
Er v
tätig. S
ihm bei

Elberfe

An
nach
Appre

Ott

im Alt
De
währen
keit d
Pflicht
Anden

Vohw

D

Für di
unsern
bezungen
sagen wir
besondere
Caetia Gru
und Arbeit
Fam
Gruiten,

Einladung!
Heute abend ladet **Henry Schremser** mit seinem
urkomischen August im Lokal **Willy Möller, Elberfeld**
Flensburgstraße 6, oberhalb Wulfsing-treppe, seine
Freunde und Bekannten ergeben ein.
Eintritt frei. — Kein Bieraufschlag. — Eintritt für
Rauch- und Kautabak wieder da! 7